

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 26) 21 90 36/39
Telex: 08 88 B 46 ppbn d

Inhalt

Ulrich Steger MdB, Obmann der Sozialdemokraten im Forschungsausschuß des Bundestages, unterstreicht die gute Stellung der Bundesrepublik bei den Hochtechnologiegütern.

Seite 1

Annemarie Renger MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, würdigt Heinz Westphal anlässlich seines 60. Geburtstag am 4. Juni.

Seite 5

Dokumentation

Stellungnahme des SPD-Präsidiums zur Barmer Erklärung am 31. Mai 1934.

Seite 7

39. Jahrgang / 104

30. Mai 1984

Vor einem unausweichlichen Technologie-Wettrüsten?

Was Unternehmer, Forschung und Regierung technologisch politisch tun müßten

Von Ulrich Steger MdB

Obmann der SPD im Forschungsausschuß des Deutschen Bundestages

Die westlichen Industrienationen - allen voran die USA und Japan - sind in einen Technologiewettkampf verwickelt, der alle Züge eines "ökonomischen Wettrüstens" trägt. Mit unterschiedlichen Strategien versuchen die einzelnen Nationen, das gleiche Ziel zu erreichen: Die technische Entwicklung gegenüber rein marktwirtschaftlichen Bedingungen zu beschleunigen, um so einen Wettbewerbsvorsprung zu erzielen und durch die Steigerung des Exports zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten und Wachstumsstimulans für das eigene Land zu erzielen. In den USA sind zum Beispiel der Militärhaushalt und die Weltraumfahrt der Hauptmotor für staatlich induzierte, innovative Entwicklungen (Pro-Kopf sind die nicht auf die Entwicklung von Waffensystemen bezogenen Forschungsaufwendungen des US-Verteidigungsministeriums mehr als zweieinhalb mal so hoch wie die des Bundesministeriums für Forschung und Technologie). Japan fährt seine bekannte, nationale Strategie des "industrial targeting", das konservativ regierte England wie das sozialistisch regierte Frankreich unternehmen beträchtliche staatliche Finanzanstrengungen, um Wirtschaftssektoren, die sie für zukunftsträchtig halten, zu fördern. Dabei geht es in allen Ländern im Kernbereich um die gleichen Technologiefelder: Die Anwendung der Mikroelektronik, vor allem im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie im Produktionsbereich (Roboter), die Bio- und Gentechnologie sowie neue Werkstoffe und Materialien. Daneben gibt es noch "Fossile" aus früheren Anstrengungen - wie beispielsweise die öffentliche Förderung von fortgeschrittenen Reaktorlinien.

Das Dilemma ist dabei, daß eine solche Strategie des Wachstums durch Exportsteigerung nur für ein einzelnes

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Printed in Germany
on recycled paper
Recycling-Paper



kleines Land aufgehen kann. Wenn die wichtigsten OECD-Länder alle eine ähnliche Strategie verfolgen, geht die Rechnung der Exportsteigerung nicht auf, denn bekanntlich pflegen ja die Exporte des einen Landes die Importe des anderen zu sein. Und ob ein Land wie die Bundesrepublik mit ein Prozent der Weltbevölkerung auf Dauer seinen Anteil am Welthandel auf über zehn Prozent steigern kann, wage ich zu bezweifeln. Wenn die Bundesrepublik ihren Leistungsbilanzüberschuß auf "japanische Dimensionen" - etwa zwei Prozent des Bruttosozialprodukts - steigern wollte, gäbe es sicherlich protektionistische Reaktionen - vor allem dann, wenn die Konjunktur in dem Land mit dem größten Zahlungsbilanzdefizit, den USA, umkippt - womit ich im Sommer rechne.

Andererseits kann kein Land einseitig aus diesem "Wettrüsten" aussteigen, ohne gravierende Verluste hinzunehmen. Denn weder der Weltmarkt noch die inländischen Verbraucher würden dies honorieren. Hoffnung kann nur darin bestehen, daß in den Nationen selbst Lernprozesse einsetzen, die zu einer Korrektur führen. Schon jetzt wird deutlich, daß - zum Beispiel in der Mikroelektronik-Anwendung - die technologischen Entwicklungen nicht mehr rasch genug umgesetzt und kommerzialisiert werden können, ja, sogar zum berühmten "Investitions-Attentismus" führen, weil man auf die - frühzeitig angekündigte - "nächste Generation" wartet. Aber die Vergeudung von Ressourcen allein wird eine unsinnige Politik nur unschwer stoppen oder dies jedenfalls nicht rasch genug tun (man denke hier nur an den Subventionswettkampf in der europäischen Stahlindustrie). Eher werden die "sozialen Kosten" einer unbalancierten Modernisierung in Form von Arbeitslosigkeit oder institutionellen wie bewußtseinsmäßigen Anpassungsproblemen eine Änderung der Politik erzwingen. Das französische Beispiel ist hier sehr lehrreich. Sie zeigen die Notwendigkeit einer sozialverträglichen Steuerung der technologischen Entwicklung.

Was tun? Eine solche Strategie umfaßt fünf Bereiche:

- Durch die neuen Technologien wird die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität vermutlich längerfristig über der Wachstumsrate der Produktion (Bruttosozialprodukt) liegen. Zur beschäftigungspolitischen Kompensation der erheblichen Produktivitätsgewinne aus der Anwendung der neuen Technologien ist eine beschäftigungsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik, die neue Wachstumsfelder (auch im Bereich Dienstleistungen) erschließt, ebenso notwendig, wie die Arbeitszeitverkürzung in allen Formen.
- Die Strukturveränderungen, denen die Arbeitsplätze unterworfen sind, lassen sich in ihrer vollen Breite kaum voraussehen. Sie können nur bewältigt werden, wenn die Qualifikation der Arbeitnehmer durch eine entsprechende Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik gesteigert, die Prinzipien der Humanisierung des Arbeitslebens in die Anwendung neuer Techniken integriert und die Mitwirkungs- und Informationsrechte der Arbeitnehmer erweitert werden.
- Eine mit den Tarifvertragsparteien abgestimmte Technologie- und Industriepolitik formuliert wird, die sich nicht nur auf die sogenannten Spitzentechnologien und Großfirmen konzentriert, sondern auch traditionelle Branchen wie kleine und mittlere Unternehmen mit einbezieht, technische Chancen für die rasche Umstrukturierung unserer Wirtschaft auf weniger rohstoff-, energie- und umweltverbrauchende Verfahren nutzt und auch die staatliche Nachfrage gezielt zur Innovationsförderung einsetzt (nachfrageseitige Unterfütterung der Innovationspolitik statt Technologie-Push).

Die neuen Technologien werden auf Dauer nur dann akzeptabel sein, wenn sie erkennbar die Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessern. Daher wird es in der künftigen technologiepolitischen Debatte darauf ankommen, stärker über die Ziele zu sprechen, die mit den neuen Techniken erreicht werden sollen.



Dabei sollte klar sein, daß die Bundesrepublik trotz ihrer jetzigen guten Position nicht anstreben kann, auf allen Gebieten die "Goldmedaille zu erringen". Wenn meine Einschätzung richtig ist, daß wir unseren Welthandelsanteil nicht wesentlich ausdehnen können und sollten, reicht es aus, daß wir die von der Substitution bedrohten oder künftig nicht mehr wettbewerbsfähigen Produkte ersetzen. Angesichts der Größe unseres Landes ist dies sicher mehr als eine "Nischenstrategie", aber es ist doch eine selektive Strategie, die auf unsere vorhandenen Stärken - zum Beispiel im Bereich von Maschinenbau und Chemie - aufbaut und erkennbare Defizite - etwa in der Elektronik - nur ausgleicht.

Eine solche Strategie muß offen sein für eine europäische Kooperation. Denn eine rein nationale Forschungs- und Technologiepolitik wird bereits durch die multinationalen Unternehmen zur Illusion. Erste Hoffnungsschimmer - wie die Verwirklichung des ESPRIT-Programms oder die französischen Vorschläge für eine gemeinsame Industrie- und Forschungspolitik - sind trotz der übrigen Stagnation der EG erkennbar. Vordringlich ist die Schaffung eines europäischen Industrie- und Forschungsraumes, eines wirklichen gemeinsamen Marktes (der zum Beispiel jetzt bei den Informations- und Kommunikationstechnologien hoffnungslos durch die verschiedenen nationalen Postverwaltungen und ihre verschiedenen technischen Standards zersplittert ist) durch gemeinsame Normen, einen koordinierten Ausbau im Bereich der Informationstechnologien und mehr Kooperation in der Forschung. Die technologische Selbstbehauptung Europas ist eine unabdingbare Voraussetzung für die politische, ökonomische und kulturelle Selbstbehauptung.

Allerdings wäre es unredlich, wenn man die außenwirtschaftlichen Implikationen dieser Strategie verschweigen würde. Einmal knüpft vor allem Frankreich Fortschritte in diesen technologischen Kooperationsfragen an allgemeine protektionistische Forderungen, die für die Bundesrepublik zum größten Teil unannehmbar sind. Die jetzt schon erkennbare "binnenorientierte Mehrheit" wird durch die Süderweiterung der EG sicher noch verstärkt werden.

Damit kommt die Bundesrepublik in eine schwierige Position: Ein technologisches "Ankoppeln" in Europa könnte ein "Abkoppeln" von USA und Japan in diesem Bereich bedeuten. Während wir jetzt noch gut an der Spitze mithalten können, könnte der niedrige europäische Durchschnitt uns mit "herabziehen", wenn eine protektionistische Politik in Europa zu einer Verlangsamung der breiten technischen Umsetzung führen würde.

Einen Ausweg gibt es wohl nur, wenn der Außenschutz umorientiert wird. Die nicht wettbewerbsfähigen Branchen, die ja oft die Entwicklung verschlafen haben, dürfen nicht geschützt, sondern müssen modernisiert werden. Anders bei den jungen Wachstumsbranchen, die erfolgreich Technologien entwickelt haben und nun umsetzen. Dieser Gedanke eines "Entwicklungsschutzes" ist seit Friedrich List nicht neu, jedoch bei uns seit dem Zweiten Weltkrieg tabuisiert worden. Unter den Bedingungen des ökonomischen Wetttrüstens wird er jedoch wieder aktuell.

Dies gilt besonders gegenüber Japan, denn keine Nation kann tatenlos zusehen, wie durch die laserartigen Exportangriffe der Japaner die Voraussetzungen für eine eigenständige Technologieentwicklung zerstört werden. Die Wettbewerbsverzerrungen sind hier zu groß, da zum Teil mittelständische Unternehmen gegen die Speerspitze der "Japan AG" konkurrieren müssen.

Das nächste Beispiel wird vermutlich die Roboterfertigung sein, wo wir zwar technologisch einen durchaus guten Standard haben, die Japaner jedoch durch eine massive Absatzförderung im Inland bereits Vorteile der Größendegression realisieren und riesige



Exportkapazitäten aufgebaut haben. Da wir unsere Gesellschaft wie Wirtschaft nicht "japanisieren" wollen und können, bleibt hier nur die Möglichkeit einer zeitlich befristeten Schutzpolitik (wie sie ja - oft leider nur bei den falschen Branchen - schon recht erfolgreich durch zahlreiche "Selbstbeschränkungsabkommen", Sonderzölle und so weiter praktiziert wird). Ähnliches gilt übrigens auch für eine nationalistische Aufkaufpolitik zum Zwecke des know-how-Transfers (ich brauche die unglücklichen Beispiele wohl nicht in Erinnerung zu rufen).

Allerdings befreit uns dies nicht aus dem anderen Dilemma, daß nämlich eine engere europäische Kooperation zu Lasten der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit gehen kann, weil für beides nicht die Ressourcen reichen. Am deutlichsten wird dies gegenwärtig in der Raumfahrtindustrie: Hier stehen wir meines Erachtens vor der Alternative, gegen die USA mit der Trägerrakete Ariane und unserer Satellitentechnik im Bereich der kommerziellen Kommunikation anzutreten (was angesichts des faktischen US-Monopols nicht ohne staatliche Hilfe abgehen dürfte). Die andere Möglichkeit wäre, daß wir Milliardenbeträge in die Beteiligung an der amerikanischen Raumstation investieren würden. Ich möchte keinen Hehl daraus machen, daß ich aus einer Reihe von Gründen für die erstere Variante bin.

Zusammengefaßt:

1. Die Bundesrepublik hat sich insgesamt eine hervorragende Stellung bei den Hochtechnologiegütern in der Welt aufgebaut.
2. Eine weitere Steigerung des Exportüberschusses ist langfristig für uns weder möglich noch wünschenswert. Unsere außenhandelspolitische Verwundbarkeit ist eher abzubauen.
3. Dem technologischen Wettlauf, dem "ökonomischen Wettrüsten", kann sich keiner entziehen, sollte aber nicht zu einer blinden Adaption der Strategien anderer Länder führen.
4. Vielmehr ist eine eigenständige, sozialverträgliche Steuerung der technologischen Entwicklung notwendig, die jedoch auch ihre außenwirtschaftlichen Probleme hat und ein Überdenken der bisherigen, dogmatischen Freihandelspolitik im Sinne von Friedrich List erfordert.

(-/30.5.1984/ks/va)

+ + +



Heinz Westphal wird 60

Ein Politiker des Ausgleichs und der Toleranz

Von Annemarie Renger MdB

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Heinz Westphal wird am 4. Juni 60 Jahre alt. Als ich 1946 für einige Monate vom Parteivorstand der SPD beauftragt worden war, in Berlin ein Verbindungsbüro der Partei zu den alliierten Besatzungsbehörden und der Berliner Partei einzurichten, traf ich Heinz Westphal, der mir durch die Freundschaft unserer Väter bekannt war, wieder. Seine freundschaftliche Unterstützung bei dieser nicht sehr leichten Aufgabe hat mir sehr geholfen. Das Leben des Jubilars ist durch und von der Politik bestimmt worden; dies ist ihm sozusagen in die Wiege gelegt worden. Er hatte nach 1945 besonders großen Anteil am Aufbau der Demokratie und der Veränderung bei den jungen Menschen, die nach dem Nazismus neue Hoffnung und Ideen brauchten. In der Bundesrepublik Deutschland hat er an führender Stelle seine gesamte Schaffenskraft in den Dienst unseres Gemeinwesens gestellt.

Sein Lebensweg ist der eines klassischen Sozialdemokraten. Er erlernte das Handwerk eines Flugmotorenschlossers. Das Dritte Reich und der Zweite Weltkrieg änderten jedoch seinen Lebensweg entscheidend. Der Vater, Sozialdemokrat und preußischer Landtagsabgeordneter, Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend, kam wegen seiner Überzeugung ins KZ und starb an den Folgen der brutalen Behandlung durch die Nationalsozialisten.

Der junge Heinz Westphal mußte den Besuch der Ingenieurschule abbrechen und war von 1943 bis April 1945 Soldat. Nach dem Krieg trat Westphal in die Fußstapfen seines Vaters, indem er sich der Jugendarbeit beim Verband der "Falken" verschrieb. In dieser Zeitspanne kam es zu Auseinandersetzungen mit der Jugendorganisation der SED, als Westphal in einem Gerichtssaal im sowjetischen Sektor Berlins gegen die Verhaftung eines Mädchens protestierte, festgenommen wurde und zu sechs Wochen Haft verurteilt wurde.



Westphal wäre aber nicht der politisch denkende und auf Ausgleich bedachte Politiker gewesen, wenn er nicht gleichzeitig noch im Jahre 1948 den Versuch gemacht hätte, mit dem damaligen FDJ-Vorsitzenden Honecker zu einer Gründung eines gesamtdeutschen Dachverbandes aller Jugendorganisationen zu gelangen. Es lag nicht an ihm, daß diese Bemühungen fehl schlugen. So wurde denn der Bundesjugendring nur für die westdeutschen Jugendverbände gegründet, mit dem Westphal zunächst als Vorsitzender und dann als Hauptgeschäftsführer von Beruf und Neigung eng verbunden blieb.

1965 wurde er in den Deutschen Bundestag gewählt. Dieser neue Abschnitt seines Lebensweges bezog sich zunächst auf einen völlig anderen Bereich, nämlich auf die Finanz- und Haushaltspolitik. Während der Zeit als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit von 1969 bis 1974 in der Regierung Brandt konnte Heinz Westphal politische Entscheidungen helfen durchzusetzen, die auch heute noch wegweisende Bedeutung haben. Die Kindergeldregelung ("gleiches Kindergeld für alle") und die Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten seien hier nur beispielhaft genannt.

Seit 1974 als Mitglied des Fraktionsvorstandes der SPD-Bundestagsfraktion, war er für die öffentlichen Finanzen und das Haushaltswesen zuständig. Von 1976 bis 1982 wurde er ihr finanzpolitischer Sprecher.

Durch seine menschliche Verbundenheit und Sachkenntnis erwarb er sich hohes Ansehen bei allen Fraktionen. Es war deshalb nicht verwunderlich, daß Bundeskanzler Helmut Schmidt ihn bei seiner letzten Regierungsumbildung im Frühjahr 1982 als Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in das Kabinett holte.

Infolge des Regierungswechsels dauerte seine Ministerzeit nur wenige Monate, so daß ihm seine Fraktion das Amt des Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages antrug. Im Amt des Bundestagspräsidenten kommt das auf Kompromiß und politische Zusammenarbeit gerichtete Temperament des Jubilars voll zum Tragen.

Als wichtigen Teil seines politisch-parlamentarischen Wirkens hat Heinz Westphal auch immer das deutsch-israelische Verhältnis gesehen. Die Versöhnung mit Israel war und ist ihm ein Herzensanliegen, das sich wie ein roter Faden durch seine politische Arbeit zieht.

Die SPD-Bundestagsfraktion, ich bin sicher auch die Kollegen aus allen Fraktionen, wünschen Heinz Westphal weiterhin Befriedigung in seiner politischen Arbeit und noch eine lange Schaffenskraft.
(-/30.5.1984/ks/va)

+ + +



D O K U M E N T A T I O NStellungnahme des SPD-PräsidiumsZum 50. Jahrestag der Barmer Theologischen Erklärung am 31. Mai 1934

Die Barmer Theologische Erklärung von 1934 hat über ihre innerkirchliche Bedeutung hinaus politisch gewirkt und dabei auch die Bereinigung des Verhältnisses von Protestantismus und Sozialdemokratie gefördert. Wir rufen aus Anlaß der 50. Wiederkehr dieses Ereignisses die Sozialdemokraten auf, sich der politischen und gesellschaftlichen Tragweite dieser Barmer Erklärung zu vergewissern. Zugleich sind wir uns dessen bewußt, daß uns als Partei eine theologische Würdigung der Barmer Theologischen Erklärung nicht zusteht.

1.

In der Barmer Erklärung haben weite Teile der evangelischen Kirche Abschied von einer nahezu 400jährigen Tradition einer Unterordnung der Kirche unter die staatliche Obrigkeit genommen. Teil dieser zu Ende gegangenen Tradition war das Unvermögen, die soziale Dimension des Christentums und die politischen Ziele der sozialistischen Arbeiterbewegung in ein vernünftiges Verhältnis zueinander zu bringen. In der evangelischen Kirche ist inzwischen erkannt, daß Christen für die Abwendung der Arbeiter vom Christentum mitverantwortlich gewesen sind.

Deshalb sind wir der Bekennenden Kirche nachträglich dankbar dafür, daß sie in der Barmer Erklärung dieser unseligen Tradition abgeschworen hat. Seit Barmen begegnen wir Sozialdemokraten der evangelischen Kirche bereitwilliger als einer ihrer politischen Verantwortung bewußten gesellschaftlichen Kraft.

2.

Die Barmer Erklärung hat vielen die Augen für das Wesen der christlichen Botschaft in unserer Zeit neu geöffnet. Diejenigen unter uns, die sich als evangelische Christen verstehen, sehen in der Selbstverpflichtung der Bekennenden Kirche, wonach Jesus Christus und sonst nichts die Mitte des Christentums zu sein hat, die längst überfällige Befreiung des Protestantismus aus seiner weltanschaulichen Überfremdung durch die Vorstellungswelt des konservativen Bürgertums.

Im Widerstand von Christen gegen den faschistischen Hitlerstaat erblickten die Älteren von uns eine Leidensparallele zum Vernichtungskampf gegen die Sozialdemokratie. Heute wissen auch die Jüngeren, daß die gemeinsame Erfahrung von Leid und Unterdrückung zu einem Neuanfang in der Verbindung von sozialer Ethik der evangelischen Kirche mit den politischen Zielen der sozialistischen Arbeiterbewegung geführt hat. Wir müssen diesen Ansatz angesichts der gefährdeten Welt von heute weiterentwickeln.

In diesem Zusammenhang ist die Barmer Erklärung eine willkommene Gelegenheit, das Lebenswerk zweier bedeutender Sozialdemokraten ins Gedächtnis zu rufen: der Theologen Karl Barth und Paul Tillich. Ihre Vorstellungen waren Teil des christlich-sozialistischen Dialogs der Anfangsphase. Vom religiösen Sozialismus her kommend haben sie das weitgehende Versagen des Protestantismus vor dem Nationalismus und vor der Herausforderung durch den Sozialismus immer wieder in die Diskussion gebracht.

Freilich wissen wir auch, daß die Forderung Barths und Tillichs, die evangelische Kirche müsse sich auf die proletarische Situation des sozial ausgebeuteten Menschen ohne wenn und aber einlassen, von bestimmten Gruppierungen in der evangelischen Kirche abgelehnt wurde. Wir wünschen uns eine politisch wache Kirche, die bei ihrer Verkündigung die soziale und wirtschaftliche Eingebundenheit des angesprochenen Menschen niemals aus dem Auge verliert und daraus sozialetische Konsequenzen zieht.



3.

Vom religiösen Sozialismus Barths und Tillichs und vom Einspruch anderer gegen die Vermischung von traditionellem Christentum mit bürgerlich-konservativer Weltanschauung führt der Weg über die Barmer Erklärung zum Stuttgarter Schuldbekenntnis der evangelischen Kirche von 1945, besonders aber zum Darmstädter Wort des EKD-Bruderrates aus dem Jahre 1947. Es entspricht unserer Sicht der Wirkungsgeschichte der Barmer Erklärung, auf diesen verloren gegangenen Zusammenhang hinzuweisen.

Zu einem Zeitpunkt, als 1945 die evangelische Kirche so frei war wie nie zuvor, bot sich ihr die einmalige Chance eines Neuanfangs. Wir wissen, daß viele Aktive der Bekennenden Kirche um einen Neuanfang nach den Erfahrungen im antitotalitären Widerstand bemüht waren. Ihr Ja zur Demokratie, zum pluralistischen Gesellschaftsmodell und die entschiedene Ablehnung eines vermeintlich "christlich" geprägten Staates konnte sich gegen eine innerprotestantische Restauration durchsetzen.

Für den Dialog zwischen dem freiheitlichen Sozialismus und der evangelischen Sozialethik erwies sich als außerordentlich hilfreich, daß in diesem Darmstädter Wort von 1947 unter anderem folgendes stand:

"Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, daß der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen."

Ohne die Barmer Erklärung wäre es in der evangelischen Kirche kaum zu dieser Einsicht gekommen.

Andererseits erkennen wir heute selbstkritisch, daß die Sozialdemokratie den Dialog zwischen Sozialismus und Christentum nicht breiter geführt hat und die wiedererstandene SPD gleich nach 1945 nicht immer in der Lage war, aktiven Christen eine ihnen gemäß politische Interessenvertretung ohne den Anspruch einer Weltanschauungspartei anzubieten. Zu stark war noch die Skepsis gegenüber der SPD als einer vermeintlich für Christen nicht infrage kommenden Partei.

Auch wenn die Chancen der ersten Nachkriegsjahre nur unzulänglich genutzt wurden, so ist das inzwischen wettgemacht worden; gleichwohl bleibt die Notwendigkeit eines christlich-sozialistischen Dialogs bestehen. Mehr noch als in der Vergangenheit müssen wir Sozialdemokraten uns dabei auch theologischen Argumenten öffnen.

4.

Die Barmer Erklärung war ein entschiedenes Nein gegen das Ausnutzen des Christentums als Ideologie durch die Deutschen Christen. Diese Feststellung, so zeigt sich heute wieder, beschränkt sich keineswegs auf die damalige geschichtliche Situation. Diejenigen, die - wie Adolf Arndt und Gustav Heinemann - nach 1945 gegen eine sogenannte "christliche" Interessenvertretung in der Politik ihre Stimme erhoben, handelten in der Kontinuität der Barmer Erklärung. Mit ihnen sagen wir, daß die Idee einer "christlich" sich nennenden Partei und die Forderung, Amtsträger der Kirchen sollten sich konkreter politischer Äußerungen enthalten, gegen die Barmer Tradition politischen Denkens zustande gekommen ist.



Die SPD greift die in der Barmer Erklärung erfolgte Verwerfung eines jeden Versuchs, den Namen Christi ideologisch zu mißbrauchen, aus Überzeugung auf. Der erneute Versuch gerade der sich christlich nennenden Partei, von der evangelischen Kirche politische Enthaltensamkeit zu fordern und den Amtsträgern konkrete politische Aussagen, zum Beispiel zur Friedensfrage, zu verbieten, veranlaßt uns, die Kirchenleitung zu ermutigen, sich in der gesellschaftspolitischen Diskussion nicht beiseitedrängen zu lassen. Der Protestantismus muß der Gefahr, daß das Christentum als Ideologie mißbraucht wird, nach wie vor entschieden entgegentreten. Sozialdemokraten haben wie kaum eine andere politische Gruppierung den Mißstand einer zur Ideologie der Herrschenden mißbrauchten angeblich unpolitischen Kirche in ihrer Geschichte erfahren und erlitten. Hingegen ist mit der Barmer Erklärung und der seither erfolgten Diskussion über Grundfragen politischer Ethik daran festzuhalten, daß die Kirche gerade von ihrem theologischen Selbstverständnis her immer auch politisch ist. Von der Richtigkeit dieser Einstellung überzeugt wollen wir ihren Vertretern weiterhin aufgeschlossen und achtungsvoll begegnen, unbeschadet, ob uns ihre Auffassung zu gesellschaftlichen Problemen bestätigt oder kritisiert.

Der in der Folge von Barmen nach 1945 zunächst nur zaghafte eingeleitete christlich-sozialistische Dialog bedarf der Fortführung. Er wird zu Korrekturen des Bildes von Theologie und Kirche bei uns führen, aber gewiß auch die in der Kirche bestehenden Auffassungen über den freiheitlichen Sozialismus und die Sozialdemokratie positiv beeinflussen.

(-/30.5.1984/ks/va)

+ + +

